

INTERVIEW:

"MULTIS SOLLTEN EINPACKEN"

George Fernandez, ehemaliger Unions-Industrieminister der Janata-Regierung (1977) war während seiner Amtszeit dafür verantwortlich, daß Coca Cola damals Indien verlassen mußte. In V.P. Singhs neuer Regierung bekleidet Fernandez erneut ein Ministeramt: Das des Eisenbahnministers. In einem Interview mit der in Kalkutta erscheinenden Zeitschrift 'Sunday' hat er sich kürzlich auch zu Fragen über multinationale Konzerne und ihr Engagement in Indien geäußert. Auszüge:

Sie waren ja einmal Industrieminister. Könnten Sie die Liberalisierungspolitik Ihrer Regierung näher erläutern?

Dies ist ein Bereich, zu dem ich lediglich meine persönliche Meinung sagen möchte. Es ist jedoch sehr schwierig, persönliche Ansichten zu äußern, weil man sich damit automatisch auch in die Politik anderer Bereiche einmischet.

Okay, Sie waren aber doch einmal Industrieminister ...

Ich bin fest davon überzeugt, daß der Anwesenheit multinationaler Konzerne in Indien - gerade im nicht lebensnotwendigen Sektor - ein Ende bereitet werden sollte. Wir sollten den Konzernen klarmachen, daß wir nur in wichtigen Bereichen der Hochtechnologie, die wir nicht besitzen, solche Technologie kaufen wollen, sofern wir es uns leisten können. Wenn dies dann vielleicht nur über finanzielle Kooperation möglich ist, nun, dann sollten wir uns darauf einlassen. Darüberhinaus sollte der indische Markt nicht den Multinationalen gehören. Sie sollten nicht eingeladen werden, ihre Niederlassungen hier in Bereichen aufzubauen, in denen wir sie nicht benötigen. Pepsi Cola ist nur ein Beispiel dafür. Heute werden beispielsweise Aktenkoffer in Zusammenarbeit mit der Firma American Tourister hergestellt. Alle Parlamentsabgeordneten haben solche Koffer erhalten. Oder es gibt ausländische Kollaboration bei der Herstellung von Spielzeug, bei der Herstellung von Möbeln, von Küchenspülen und in einer ganzen Reihe anderer, nicht lebensnotwendiger Bereiche. Solche Firmen sollten wir auffordern, einzupacken und Indien zu verlassen.

Was versteht Ihre Regierung denn dann unter Liberalisierung?

Liberalisierung kann nicht bedeuten, daß Indien seine Türen für Ausbeutung öffnet, und hier geht es um reine Ausbeutung. Ich befürworte auch nicht die Verwendung von internationalen Markenbezeichnungen, weil dadurch die einheimischen Hersteller enorm benachteiligt werden, obwohl deren Produkte von gleicher Qualität sein mögen. Ich kenne kleine Schuhfabrikanten, die niemals mit Bata konkurrieren könnten. In dem Moment, in dem

sie Bankrott gehen, kommt Bata auf sie zu und sagt: ihr produziert und wir verkaufen unter unserem Namen. Dies ist dann für die Fabriken die einzige Möglichkeit, zu überleben.

Viele dieser multinationalen Konzerne benutzen unsere Produktionsstätten. Wer macht denn all diese Zahnpasten, Seifen und so weiter? Ich bin sicher, daß es kleine Betriebe in Bombay oder sonstwo gibt, die Seifen herstellen für Hindustan Lever, ich bin sicher, das Godrej seine Produktionsstätten für multinationale Konzerne zur Verfügung stellt. Wir verlieren auf allen Seiten. Indische Betriebe können nicht wachsen, sie können schon innerhalb des Landes nicht konkurrieren, von ihrer Exportfähigkeit ganz zu schweigen. Ein anderer Trick, mit dem Multinationale nach Indien kommen ist, daß sie behaupten, Dinge aus Indien exportieren zu wollen. Sie erhalten so ihre Lizenz oder die Erlaubnis, hier ihre Filialen zu gründen. Was sie exportieren ist nicht das, was sie produzieren. Wissen Sie, daß Hindustan Lever, Marktführer bei Seifen, kein Stück davon exportiert. Sie besitzen internationale Markennamen, die sie aber nur für ihren Absatz innerhalb Indiens nutzen. Und das gilt auch für Zahnpasten und für die meisten anderen Toilettenartikel.

Wie wird es denn mit Pepsi Cola weitergehen?

(Anm. d.Red.: Anfang 1988 empfahl die Regierungsbehörde für Projektempfehlungen, daß Pepsi die Genehmigung zur Produktion seiner Cola im indischen Bundesstaat Punjab, der Kornkammer Indiens, erhalten sollte. Pepsi sollte mit der staatlichen Punjab Agro-Industrie Gesellschaft und der Voltas Gesellschaft, die Teil des Tata Konzerns ist, zusammenarbeiten. Als Gegenleistung bot Pepsi an, Technologie für die Verarbeitung von Nahrungsmitteln in den Punjab zu importieren, siehe auch: 'Südasiens', 2-3/89.)

Ich bin nicht autorisiert, über Pepsi zu sprechen, dies ist Aufgabe des Industrieministeriums und des Ministers für Nahrungsmittelverarbeitung. Aber es gibt ein oder zwei Dinge, soweit es Pepsi angeht, die diskutiert werden müssen. Pepsi kam ins Land und sagte ... vorher muß ich natürlich noch erwähnen, daß es überhaupt keinen Anlaß für Pepsi gab, nach Indien zu kommen. Pepsi kam nur herein, weil es Schmiergelder zahlte, die an frühere Regierungsmitglieder flossen. Zum anderen sind jetzt die Kosten des Projektes von ursprünglich 120 bis 130 Millionen Rupien auf 700 Millionen und mehr angestiegen. Das erweckt in mir den Verdacht, daß Pepsi eine Menge Geld aus Indien durch überhöhte Rechnungen absaugt. Sie lassen sich die Ausrüstung, die Maschinen, die sie ins Land bringen, teuer bezahlen. Welche Summe auch immer als Schmier-

TO BHOPAL VICTIMS IS INJUSTICE.

gelder gezahlt wurden, Pepsi hat sie wieder hereinge-
holt. Weiter sollten 50.000 Arbeitsplätze im Punjab
geschaffen werden. Nach meiner Information sind bisher
keine Arbeitsplätze entstanden, und die Anzahl der
Jobs, die durch diese riesige Investition höchstens zu
erwarten ist, wird wahrscheinlich noch nicht einmal
vierstellig sein - es könnten unter 1.000 Arbeits-
plätze sein. Der nächste Punkt ist diese ganze Idee
mit der Verarbeitung von Früchten. Es wurde so viel
Lärm darum gemacht, daß Pepsi Früchte aus dem Punjab
in Indien verarbeiten und sie dann in die übrige Welt
exportiert will. Dadurch sollte den Bauern im Punjab
geholfen werden. Jetzt heißt es, der Export von
Früchten sei zu teuer. Wenn man produzieren will,
macht man doch zunächst einmal eine Studie über die
Möglichkeiten des Absatzes. Ich glaube nicht, daß eine
amerikanische Firma wie Pepsi einen solchen Fehler
machen würde.

Damit hängt nun zusammen, daß jetzt Kartoffelchips
hergestellt werden sollen. Kartoffelchips im Punjab
herzustellen und sie dann innerhalb Indiens zu ver-
treiben, macht noch nicht einmal als einheimisches
Unternehmen einen Sinn, weil Kartoffelchips überall im
Land in kleinen Betrieben vor Ort hergestellt werden.
Deshalb war für mich das gesamte Pepsi-Projekt ein
großes Beispiel dafür, wie die indische Regierung, das
indische Volk und insbesondere die Menschen im Punjab
betrogen wurden. Pepsi hat die ökonomische und poli-
tische Situation im Punjab ausgenutzt, und die Con-
gress-Regierung glaubte, so ein gutes Geschäft zu
machen, während die Menschen im Punjab einfach im
Stich gelassen werden. Denn es springt für sie nichts
dabei heraus. Ich glaube deshalb, daß Pepsi Indien
verlassen sollte - aber es ist die Regierung, die
darüber entscheiden muß.

**Sie sind gerade in den Bhopal Untersuchungsausschuß
brufen worden. Die ganze Affäre wurde wieder aufge-
rollt, war die Regierung dazu gezwungen?**

Ja, wir haben zwei sehr wichtige Entscheidungen bezüg-
lich Bhopal gefällt. Erstens haben wir den Gerichts-
beschuß zurückgewiesen (Anm. d.Red.: Am 14.2.89 ver-
urteilte der Oberste Gerichtshof Union Carbide zu
einer Entschädigungszahlung in Höhe von 470 Millionen
US Dollar. Mit dieser Zahlungen seien die Verpflich-
tungen des Konzerns beendet und alle strafrechtlichen
Verfahren eingestellt, hieß es. Dieses Urteil wurde
von vielen als skandalös bezeichnet. Der Betrag, der
von der indischen Regierung 1986 ursprünglich gefor-
dert wurde, lag bei 3 Milliarden US Dollar, siehe
auch: 'Südasiens' 1/90). Es war ein "abgesprochenes"
Urteil. Der Mann, der das Urteil gefällt hat, ist zum
Internationalen Gerichtshof gegangen und hat so seine
Belohnung erhalten. Neben ihm müßte noch die Vorge-
hensweise einiger anderer Leute, die an diesem
Urteilsspruch beteiligt waren, untersucht werden.

Wird dies nunmehr von Ihrer Regierung geplant?

Ich denke nicht, daß unsere Regierung derzeit solche
Pläne hat. Aber dies müßte eigentlich geschehen. Sie



**WE, THE PEOPLE OF INDIA
DEMAND FAIR COMPENSATION
AND PENAL ACTION
AGAINST UNION CARBIDE.
WE ARE
NOT GUINEAPIGS FOR
MULTINATIONAL CORPORATIONS.**

waren von Anfang an im Bunde mit Union Carbide. Ver-
gessen Sie nicht die Art und Weise, wie Union Carbide
ins Land kam, wie die Bhopal Anlage genehmigt und
betrieben wurde, und all diese Dinge, die in der
Folgezeit nach dieser Explosion passierten.

**Warum wurden keine Schritte unternommen, um den Kon-
zern auf die Schwarze Liste zu setzen?**

Nun, das wird davon abhängen, was von jetzt an pas-
siert. Der wichtige Punkt ist, daß wir diesen Beschluß
zurückgewiesen haben und so unser Land von jener Art
Ausverkauf befreit haben, den Rajiv Gandhi und seine
Regierung mit Hilfe des Obersten Gerichtshofes organi-
siert hat. Wir haben entschieden, eine Überbrückungs-
hilfe an die mehr als 400.000 Opfer zu zahlen. Unsere
Entscheidung bedeutet nicht nur eine Hilfe für die
Opfer, sie bedeutet vor allem, daß wir die Würde
unseres Landes wiederhergestellt haben, die von der
Congress-Regierung an einen amerikanischen Multi ver-
pfändet wurde.

(aus 'Sunday', Kalkutta, 4.-10.2.90, Übersetzung: Ute
Andert)